

Berlin, 30. März 2015
chs-fb



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Tarifkonflikt Deutsche Post AG: ver.di kündigt Warnstreiks an und hat Klage gegen Vertragsbruch eingereicht

MEDIENINFORMATION

5 Der Tarifkonflikt zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Deutschen Post AG spitzt sich zu. Die Gewerkschaft kündigte an, ihre Mitglieder bei der Deutschen Post AG ab 1. April zu bundesweiten Warnstreiks aufzurufen. „Die Beschäftigten erwarten, dass der Arbeitgeber ihre Interessen ernst nimmt und konstruktiv über unsere Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich verhandelt. Weitere Nebelkerzen am Verhandlungstisch brauchen wir nicht“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin **Andrea Kocsis**. ver.di fordert für die rund 10 140.000 Tarifkräfte des Unternehmens eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Die entsprechenden tarifvertraglichen Regelungen sind zum 31. März 2015 gekündigt.

15 Die Gewerkschaft teilte heute (30.3.) auch mit, dass sie vor dem Arbeitsgericht Bonn eine Klage auf Unterlassung gegen die Deutsche Post AG eingereicht habe. Mit dem Aufbau eines flächendeckenden Netzes für die Paketzustellung in den hierfür zum Jahresanfang gegründeten 49 Regionalgesellschaften verstößt die Deutsche Post AG 20 gegen den bestehenden Vertrag zum Schutz vor Fremdvergabe. Dieser zwischen den Tarifvertragsparteien zuletzt im Oktober 2011 abgeschlossene Vertrag legt fest, dass die Deutsche Post AG bei der Zustellung von Briefen und Paketen maximal 990 Paketzustellbezirke an konzerninterne oder externe Unternehmen vergeben darf.

25 Hintergrund des Tarifkonfliktes ist der Bruch des Vertrages zum Schutz vor Fremdvergabe durch die Deutsche Post AG und ihre Flucht aus dem bestehenden Haustarifvertrag. Die erste Verhandlungsrunde vom 30 19. März endete ohne Angebot. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 14. April in Berlin statt. Wann und wo die Beschäftigten ihre Arbeit niederlegen, wird ver.di erst kurzfristig bekannt geben.

V.i.S.d.P.:

Christoph Schmitz
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de